

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Band: 23 (2016)
Heft: 252

Artikel: Wie zusammenwuchs, was zusammengehörte
Autor: Stahlberger, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-884014>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

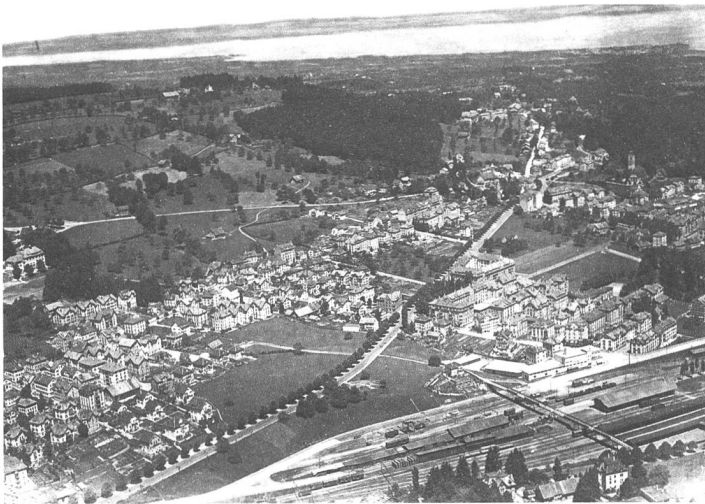
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie zusammenwuchs, was zusammengehörte



St.Gallens Osten (ehemals Tablat) mit Langgasse und Heiligkreuz 1938.
Bild: Archiv der Ortsbürgergemeinde St.Gallen, Sammlung Foto Gross

18 Jahre dauerte es, bis aus der im Sommer 1900 lancierten Idee eines Zusammenschlusses der drei Gemeinden St.Gallen, Straubenzell und Tablat politische Realität wurde. Die bittere Pointe dabei: Schwung kam erst in den Vereinigungsprozess, als sich der wirtschaftliche Horizont ab 1912 zu verdüstern begann.

TEXT: PETER STAHLBERGER

Für einmal waren sich die Zeitungen auf dem Platz St.Gallen einig. Genugtuung und Stolz sprachen aus allen Kommentaren, als die drei Gemeinden St.Gallen, Straubenzell und Tablat am 1. Juli 1918 in Neu- oder Gross-St.Gallen aufgingen. Nur eben: Wegen des immer noch andauernden Krieges, des sozialen Elends, der Versorgungsengpässe und der Teuerung fiel es den Kommentatoren schwer, sich über den Zusammenschluss uneingeschränkt zu freuen.

«Fürwahr, Neu-St.Gallen hätte in keinem ungünstigeren, freudloseren Zeitpunkt ins Leben treten können», schrieb etwa der «Stadt-Anzeiger», das Organ der Demokratischen und Arbeiterpartei (DAP). Der sozialdemokratischen «Volksstimme» kam «in diesem Moment doppelt zum Bewusstsein, wie gross eigentlich die Aufgabe Neu-St.Gallens ist, sich in solch harter Zeit vollständig neu zu organisieren». Und das freisinnige «St.Galler Tagblatt» blickte noch einmal zurück auf den ganzen, zu Anfang des Jahrhunderts eingeleiteten Fusionsprozess: «Hätte man damals die Möglichkeit eines Krieges mit seinen deprimierenden wirtschaftlichen Begleiterscheinungen voraussehen können, so wäre zweifelsohne ein rascheres Tempo eingeschlagen worden.»

Beschwerlicher Weg

Tatsächlich glich der Weg zur Gemeindeverschmelzung einem langen Marsch, der je nach Abschnitt unter kommunaler oder kantonaler Führung stattfand. Zunächst, nach dem Aufbruchsignal durch den Tablater Gemeindeammann Hermann Bernet im Juni 1900, bestimmte eine Kommission mit Vertretern der drei Gemeinden die Ziele und Grundlagen des gemeinsamen Unternehmens. Dann, 1911/12, sagten der Grosse Rat und anschliessend die kantonalen Stimmberechtigten Ja zur nötigen Revision der St.Galler Kantonsverfassung.

Jetzt war wieder die gemeinsame Kommission der drei Gemeinden am Zug. Sie entwickelte von 1912 bis 1914 genaue Vorstellungen über die Organisation und die finanzielle Ausstattung des künftigen Grossgebildes. Ende Mai 1914 hiessen auch die Stimmbürger – Frauen waren noch fast 60 Jahre lang ausgeschlossen – das in 51 Punkten niedergelegte Beratungsergebnis gut, wobei das Stimmenverhältnis in Tablat und Straubenzell überdeutlich, in St.Gallen (2758 Ja zu 2269 Nein) jedoch recht knapp war. Gestützt darauf machten schliesslich das Kantonsparlament mit dem Erlass des Vereinigungsgesetzes von 1916 den zweitletzten und eine gesamtstädtische Abgeordnetenversammlung mit der Ausarbeitung der Gemeindeordnung von 1917 den letzten Schritt auf dem Fusionsweg. Diesmal, bei den kommunalen Abstimmungen über die neue Gemeindeordnung im Oktober 1917, gab es auch in St.Gallen nur noch wenige Gegner (4006 Ja, 425 Nein).

So konnte denn die Vereinigung Mitte 1918 vollzogen werden – «ein historisches Ereignis», «ein Markstein in der Geschichte der Stadt», wie «Tagblatt» beziehungsweise «Stadt-Anzeiger» zu Recht feststellten.

Krieg als Friedensstifter

Der Weg zum Markstein allerdings hatte über viele Stolpersteine geführt. Besonders umstritten war die Frage der konfessionellen Schulen, wie sie in Tablat bis 1918 noch bestanden. Dass sie nun aufgehoben und nicht in eine gemeinsame Schulgemeinde überführt, sondern in die neue Politische Gemeinde integriert wurden, kam einer Niederlage für die Konservativen gleich. Umgekehrt mussten auch die Freisinnigen Zugeständnisse machen. Zähneknirschend hatten sie zum Beispiel hinzunehmen, dass das künftige Stadtparlament nach Proporzregeln gewählt wurde, was den anderen Parteien (Konservative, DAP, SP) bessere Chancen eröffnete als das bisher gebräuchliche Mehrheitsverfahren.

Kompromissbereitschaft aller Beteiligten und – aufs grosse Ganze gesehen – ausgewogene Lösungen trugen zweifellos zum erfolgreichen Abschluss des Vereinigungsprozesses bei. Ebenfalls zu den «Beiträgern» gehörten jedoch der Krieg und dessen Folgewirkungen. Die Not weiter Bevölkerungskreise verlangte geradezu nach gemeinsamen oder wenigstens koordinierten Hilfsmassnahmen. So setzten St.Gallen, Straubenzell und Tablat nicht nur eine gemeindeübergreifende Notstandskommission ein; sie dehnten ihre Zusammenarbeit auch auf Bereiche wie die Lebensmittelfürsorge und die Brennstoffversorgung, das Arbeitsamt und die Arbeitslosenversicherung («Krisenkasse»), die Vermittlung von Wohnungen oder die Schlichtung von Konflikten zwischen Mietern und Vermietern aus. All dies erleichterte die parallel dazu laufenden Fusionsverhandlungen. Ja, etwas überspitzt könnte man gar sagen: Auf lokaler Ebene wurde der Krieg durchaus zum «Friedensförderer».

«Gross-St.Gallen»

Bemerkenswert erscheint im Nachhinein – und erst recht mit Blick aufs Heute – die Weitsicht der damals Verantwortlichen. Schon der Schluss, den zunächst Tablat und Straubenzell, später, zu spät auch Wittenbach aus der unbestrittenen Dominanz des Wirtschaftszentrums St.Gallen zogen, war nicht selbstverständlich. Sollte man «die Stadt» oder vielleicht den Kanton um Unterstützung bitten? Nein: «Wir wollen, was uns rechtlich und moralisch gehört, aber keine

Almosen!», formulierte es Hermann Bernet in seiner Initialzündungs-Rede vom 24. Juni 1900.

Den richtigen und wichtigsten Partner fand der Tablater Gemeindeammann in seinem freisinnigen Parteikollegen Eduard Scherrer. Dieser gab 1902 sein Amt als Regierungsrat auf, trat stattdessen an die Spitze der Gemeinde St.Gallen und führte schliesslich das neue, vergrösserte Gebilde als Stadtammann von 1918 bis 1930. Scherrers Handschrift prägte zum Beispiel die Botschaft, die bei den städtischen Stimmberechtigten im Mai 1914 für ein Ja zum erwähnten 51-Punkte-Programm warb. Auch dieses Ja war alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Faktisch nämlich hatten die Städter die Kosten für «Gross-St.Gallen» zu zahlen – in Form einer Steuererhöhung. Die Bevölkerung Tablats und Straubenzells dagegen durfte sich auf eine steuerliche Entlastung freuen. «Gewiss wird die Stadt grosse Opfer bei diesem Übergang bringen müssen», wurde in der Abstimmungsbotschaft deshalb eingeräumt. «Aber diese Opfer dürfen billigerweise von ihr verlangt werden, denn bis jetzt hatte sie vor allem die Vorteile genossen, welche dem Mittelpunkt einer regen industriellen und wirtschaftlichen Agglomeration erwachsen.» Alles in allem entspreche die Fusion folglich «den Interessen der Stadt, der Vororte und des allgemeinen öffentlichen Wohles».

Erst also das öffentliche Wohl, dann die Frage des Steuerfusses: Gross, St.Gallen!

Peter Stahlberger, 1945, ist Historiker und Publizist in St.Gallen.

Wittenbach kommt zu spät – oder zu früh

«Der Stadt aber würde ein grosses Gebiet angeschlossen, welches ihr für die Verlegung und die Neuanlage von Anstalten und Werken grossen Spielraum bietet, ohne dass sie sich in diesem Falle der Schuld bewusst sein müsste, ein fremdes Gemeinwesen allmählig, aber sicher dem Ruin entgegenzuführen.» So einschmeichelnd und zugleich so anklagend warb der Wittenbacher Gemeinderat vor 100 Jahren darum, die von ihm geführte Gemeinde ebenfalls noch in den Fusionsprozess von St.Gallen, Straubenzell und Tablat einzubeziehen.

Für das Anschlussgesuch, am 30. Juni 1914 eingereicht beim kantonalen Departement des Innern, sprachen nach Ansicht der Wittenbacher Behörde vor allem zwei Gründe: ein geografischer und ein politischer. Das geografische Argument – die Verzahnung von Wittenbach und Gross-St.Gallen im Gebiet Bruggwald – war im Grunde bloss eine Feststellung. Die politischen Erwägungen dagegen bargen einige Brisanz, und dies unter genau umgekehrten Vorzeichen als heute: Damals war die Stadt der reiche Partner, heute sind es die Vorortsgemeinden im «Speckgürtel».

Ausgangspunkt der Wittenbacher Überlegungen war die Tatsache, dass sowohl die Politischen Gemeinden St.Gallen und Tablat als auch die Ortsgemeinde St.Gallen über ausgedehnten Grundbesitz in

der Nachbargemeinde verfügten. An Steuern jedoch falle für Wittenbach nur wenig ab. Und gravierender noch: Weil in St.Gallen zunehmend neue Quartiere mit teuren Wohnungen entstünden, werde «den Arbeiterklassen der Aufenthalt unmöglich gemacht». Also bleibe diesen nichts anderes übrig, als «in die Aussengemeinden zu flüchten, wo die Mietzinse billiger sind» – das heisst nach Tablat, Straubenzell oder eben Wittenbach.

Derselbe Mechanismus spiele bei Infrastruktureinrichtungen, Anstalts- und Fabrikbetrieben: Wegen ihres «lästigen und störenden Einflusses auf die Wohnquartiere (...) und insbesondere, weil der Grund und Boden vorteilhafter für andere Zwecke Verwendung finden kann», würden sie von St.Gallen einfach in die Anrainergemeinden ausgelagert. Damit entstünden dort neue Arbeiterquartiere, was wiederum zusätzliche Lasten – zum Beispiel für Schulhausbauten – bedeute. Ein markantes Wachstum der Steuererträge sei dagegen nicht zu erwarten. Unter diesen Umständen, schloss der Gemeinderat, wäre der Einbezug Wittenbachs in die laufende St.Galler Gemeindefusion «die rationellste und für alle Zeit vorteilhafteste Lösung».

Der St.Galler Stadtrat antwortete ausgesprochen kühl und knapp. «All die Gründe, welche Wittenbach für die Eingemeindung geltend macht, sind heute noch keine zwingenden Argumente für die Verschmelzung», liess er das Departement des Innern am 31. Juli 1914 wissen. Mehr Verständnis für die Sorgen Wittenbachs äussernten die Gemeinderäte von Tablat und Straubenzell. Beide waren ja zum Teil mit denselben Problemen konfrontiert. Doch genau deshalb wandten sie sich gegen eine Wittenbacher Beteiligung am Verschmelzungsprozess. Eine solche würde den Abschluss der weit gediehenen Arbeiten nur hinauszögern – und dagegen müssten «speziell die Gemeinden Straubenzell & Tablat entschieden Stellung nehmen (...), weil für sie die baldige Verwirklichung der Verschmelzung zur dringendsten Notwendigkeit, ja zu einer Existenzfrage geworden ist», schrieb der Straubenzeller Gemeinderat am 23. Juli 1914.

Ein knappes Jahr später, am 31. Mai 1915, schloss sich die St.Galler Regierung dieser Argumentation an. Ihr Nein liess auch aus Wittenbacher Sicht keinen Spielraum mehr offen: «Weitere Schritte in dieser Angelegenheit müssten nach dem uns gewordenen Berichte als vollständig aussichtslos betrachtet werden», vermerkt das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 6. Juli 1915. Dabei ist es – zum Leidwesen nun des St.Galler Stadtrates – bis heute geblieben. (Stb)

47.41789 N, 9.31203 E
Gründenstrasse, Gaiserwald

47.44598 N, 9.46563 E
Eggersrieter Höchi

47.41568 N, 9.43625 E
Vögelinsegg, Speicher

47.41461 N, 9.27092 E
Wittenwies, Gossau

47.41557 N, 9.43309 E
Obere Hinterwies, Speicher

47.40949 N, 9.44786 E
Töbeli, Speicher

47.43763 N, 9.47824 E
Rüti, Grub



47.43763 N, 9.47824 E





Unterstützung für kulturelle und gemeinnützige Projekte

Öffentliche Veranstaltung für Vereine, NGOs, Migrantenorganisationen und engagierte Menschen
4. Januar 2016, 19 bis 21 Uhr, Katharinenaal, St.Gallen

Stadt und Kanton sowie verschiedene private Stiftungen unterstützen mit finanziellen Beiträgen kulturelles Schaffen und gemeinnütziges Engagement. Wir zeigen auf, nach welchen Voraussetzungen Kultur- oder Integrationsbeiträge gesprochen werden und wie Projektanträge und Budgets aufgebaut sind. Wir erklären, wo diese eingereicht werden und zeigen Kriterien der Zielgruppenreichung und Nachhaltigkeit auf. Angesprochen sind Vereinigungen sowie einheimische wie zugewanderte Personen, die ein Kleinprojekte planen oder eine gute Idee verwirklichen möchten. Ein Informationsabend vom Amt für Gesellschaftsfragen und der Fachstelle Kultur der Stadt St.Gallen sowie der Regionalen Fachstelle Integration.

www.integration.stadt.sg.ch

Stadt St.Gallen

Stopfen sie ihr Januarloch mit feinem Biofood!

STADTLADEN
ST.GALLEN
Biologische Lebensmittel

Katharinen-gasse 12
9000 St. Gallen
Tel. | Fax 071 244 20 55
www.stadtladen.ch

COMEDIA



Katharinen-gasse 20, CH-9004 St.Gallen,
Tel./Fax 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch

IM JANUAR: 10% AUF DAS GESAMTE LADEN-SORTIMENT. GEGEN ABGABE DIESES INSERATES.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-, Comic/Manga- und WorldMusic-Tipps und dem grossen Medienkatalog mit **E-Shop!**

Mi-Fr: 10-12 / 13.30-18 Uhr
Sa: 9-16 Uhr
Taastrasse 11
9113 Degersheim

brockenhaus
degersheim STIFTUNG TOSAM